

76. Parteitag der Christlich-Sozialen Union	7./8. Oktober 2011
Antrag-Nr. J 5 Mut zur Verantwortung - Für eine aktive deutsche Außenpolitik	Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: Außen- und Sicherheitspolitischer Arbeitskreis (ASP)	

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU ist seit Jahrzehnten eine gestaltende Größe in der deutschen und europäischen Außenpolitik. Diese muss wertebasiert und interessengeleitet sein. Die CSU orientiert sich an den Werten der Freiheit und Demokratie, der Selbstbestimmung, der gegenseitigen Schutzverantwortung und der Nachhaltigkeit.

Internationale Krisen nehmen derzeit wieder eher zu als ab. Wir halten es deshalb für notwendig, dass Deutschland außenpolitisch selbstbewusster, entsprechend seinem großen Gewicht in der Staatengemeinschaft, auftritt.

Die CSU wird sich gemäß ihren Grundsätzen dieser Aufgabe auch in Zukunft stellen:

„Auch in Zukunft wird die CSU ihren Beitrag zu einer verantwortungsbewussten internationalen Politik leisten und Deutschlands positive Rolle in der Welt aktiv mitgestalten. [...] Dazu gehören die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten als globale Stabilitätsgrundlagen. [...] Zudem umfasst unsere Außenpolitik die vorbeugende Eindämmung und die Beendigung von Krisen und Konflikten, die die Sicherheit und Stabilität unseres Landes gefährden.“

Deutschlands Interessen reichen über die Grenzen unseres Landes weit hinaus. Deutschland ist zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und Europas zu einem Stabilitätsanker für unseren Kontinent und die internationale Gemeinschaft geworden. Deutschland ist auf gute Nachbarschaft und stabile Partnerschaften angewiesen so wie umgekehrt auch unsere Partner sich auf uns verlassen können.

Das vereinte Deutschland muss aufgrund seiner Größe und Bevölkerungszahl, seiner Lage in der Mitte Europas und seiner Wirtschaftskraft einen eigenen Beitrag zu Krisenprävention und Krisenreaktion leisten. Dieser Verantwortung stellen wir uns. Die Herausforderungen von heute lassen sich nur gemeinsam mit anderen Staaten meistern. Wer auf Partner angewiesen ist, muss auch selbst solidarisch handeln. Deshalb kommt Deutschland seiner Bündnispflicht nach und leistet im Rahmen der Vereinten Nationen, der NATO und der Europäischen Union einen aktiven Beitrag zur Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit.

Wichtigster Rahmen unserer Politik sind die feste Einbindung in das nordatlantische Bündnis der NATO und die Europäische Union. Wir wollen dies erhalten, weil verlässliche Bündnisse mit einem außenpolitischen Gestaltungsanspruch für die Wahrnehmung unserer Interessen der einzige erfolgversprechende Weg sind.

Nationale Interessen können sich auch mittelbar manifestieren. Schon unser strategisches Interesse am Erhalt der gemeinsamen Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Vereinten Nationen, der NATO oder der Europäischen Union kann für ein deutsches Engagement als solches entscheidend sein. Unsere Partner können sich dann auf unsere Solidarität verlassen.

Sofern im Ausnahmefall nationale Interessen Deutschlands eine abweichende eigenständige Positionierung erfordern, muss dies mit den Partnern rechtzeitig geklärt werden.

Dabei gilt, dass erfolgreiche Außenpolitik im 21. Jahrhundert immer aus dem Zusammenspiel verschiedener Instrumente, nicht nur aus der traditionellen Diplomatie und Militärpolitik, besteht.

So hat das Fortschreiten der Klimaveränderung strategische – auch sicherheitsstrategische – Bedeutung. Eine Konflikte vorbeugende Klimapolitik muss im Zentrum internationaler Zusammenarbeit zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern stehen. Die Notwendigkeit ist zugleich ein schonender und effizienter Umgang mit Energieträgern und Energieressourcen.

In Zukunft werden nur faire Wirtschaftspartnerschaften langfristig Gewähr für stabile Energieversorgung bieten. Deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik muss sich erkennbar vom chinesischen Modell unterscheiden. Versorgung mit Energie und Rohstoffen darf nicht durch neokoloniales Vorgehen oder unter Inkaufnahme von Korruption gesichert werden. Der Zugang zu und der Transport von Rohstoffen muss im Rahmen des Völkerrechts gesichert und notwendigenfalls durchgesetzt werden.

Noch kaum verstanden ist die Gefahr von Angriffen aus dem Netz, die unter dem Begriff „Cyberwar“ ein völlig neues, nationenübergreifendes Agieren und Reagieren erfordert.

Nicht zuletzt wegen solcher Beispiele bedarf es einer „Nationalen Vernetzten Sicherheitsstrategie“ („Deutsches Blaubuch“), die über die heutige Sicherheitsstrategie des Weißbuchs hinaus alle Instrumente der Diplomatie, der Wirtschafts-, Sozial- und Entwicklungspolitik als Grundbestandteil erfolgreicher und nachhaltig wirksamer Außen- und Sicherheitspolitik umfasst.

Auch Europa muss sich darum bemühen, einen solchen perspektivischen Konsens auf seiner Ebene zu finden. Der Vertrag von Lissabon hat gute Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnet. Wir müssen sie nutzen und durch eine Erweiterung unserer Europäischen Sicherheitsstrategie die Voraussetzungen für ein politisches Handlungskonzept schaffen. Für die NATO ist das Neue Strategische Konzept eine gute Basis für die Neudefinition von Bedrohungen und hierfür notwendige Antworten.

Solche Konzepte umfassen die Bereitschaft auch zu militärischen Beiträgen im Rahmen des internationalen Rechts. Um die Nachhaltigkeit solcher Maßnahmen zu fördern, bedarf es einer verbesserten frühzeitigen engen Abstimmung im Bündnis. Dies gilt für alle Bündnispartner und für alle Krisenlagen.

Der Wandel in Ländern am südlichen und östlichen Rand des Mittelmeeres betrifft uns wegen der räumlichen Nähe und der derzeitigen Unberechenbarkeit der politischen Prozesse in diesen Ländern. Wir sind geprägt vom Gedanken der Freiheit und der Zusammenarbeit.

Wir unterstützen daher alle Veränderungen, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bürger dieser Staaten führen. Deswegen haben wir ein nachhaltiges Interesse, diejenigen zu unterstützen, die die Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens zu pluralistischen Gesellschaften entwickeln und die menschlichen Grundfreiheiten achten wollen.

Nachdem aber nicht von vornherein sicher ist, dass diese Kräfte überall obsiegen und zugleich die Gefahr einer neuen Dominanz einzelner ethnischer, islamistischer oder Eigeninteressen folgender Gruppierungen besteht, müssen wir unsere Bereitschaft zu Moderation und Engagement daran ausrichten, dass Fehlentwicklungen verhindert werden.

Insbesondere achten wir auf die Existenzsicherung des Staates Israel. Auch eine einvernehmliche Zweistaatenlösung mit einem palästinensischen Staat setzt eine verbindliche, verlässliche und überprüfbare Haltung aller Staaten in der Region voraus. Uns kommt in diesem Prozess eine wichtige Rolle zu.

Die Krisenregionen in Afrika und Asien erfordern in der Zeit der Globalisierung unsere Aufmerksamkeit. Wer nachhaltig Krisen entschärfen will, braucht strategische Geduld. Diese Geduld brauchen wir insbesondere für den Übergabeprozess in Afghanistan. Noch längst nicht ist der Sicherheitsbeitrag der NATO und verbündeter Staaten obsolet geworden.

Die CSU sieht sich in ihrer außenpolitischen Position zur Situation im ehemaligen Jugoslawien, die sie als erste deutsche Partei vor zwanzig Jahren entwickelt und seitdem immer wieder aktualisiert hat, voll bestätigt. Das Selbstbestimmungsrecht der Slowenen und Kroaten, von uns damals postuliert, mündete in einer EU- und NATO-Mitgliedschaft. Allen anderen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, einschließlich der Republik Serbien und der Republik Kosovo, muss dieser Weg mit seinen Anforderungen an die Bewerber, aber auch seinen Sicherheiten, Schritt für Schritt geöffnet werden, sofern die jeweiligen Kriterien erfüllt werden. Die europäische Integration ist ein Stabilitätsfaktor in der internationalen Ordnung, den wir entgegen zunehmender nationalistischer Strömungen weiter fördern müssen.

Ohne ein gemeinsames europäisches Handeln haben wir in der NATO kein strategisches Gewicht. Daneben gilt es, den Charakter der Europäischen Union als Friedensunion auszubauen.

Die unverantwortlich leichtsinnigen Haushaltskrisen einiger Euro-Staaten resultieren nicht zuletzt aus der Aufweichung des Europäischen Stabilitätspakts zu Beginn des neuen Jahrtausends, für die die damalige rot-grüne Bundesregierung Verantwortung trägt. Mit der Lockerung des haushaltspolitischen Regelwerks wurde gegenüber einigen Euro-Ländern ein falsches Signal gesetzt. Die Rückkehr zur haushaltspolitischen Misswirtschaft früherer Jahre war wieder geduldet. Dieser bewusste Schlag gegen Geist und Buchstabe der vertraglichen Grundlagen der Währungsunion hat maßgeblich zur jetzigen Krise beigetragen und diese verstärkt.

Um die Spannungen auf den Märkten abzubauen und weitere Krisen zu verhindern, ist es unabdingbar, das haushaltspolitische Regelwerk der Währungsunion zu verschärfen und ein institutionalisiertes Restrukturierungsverfahren für von Zahlungsunfähigkeit bedrohte Staaten zu schaffen. Europa braucht schnellere, schärfere und nach festen Kriterien eintretende Sanktionen bei Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Dies gilt umso mehr, als wir – wie fast alle unsere Partner und Verbündeten – die Investitionen in sicherheitspolitische Handlungsmöglichkeiten und militärischen Fähigkeiten reduzieren. Wenn wir nicht zu einer engeren militärpolitischen Zusammenarbeit in Struktur, Fähigkeiten, Personal und Material kommen, ist die strategische Dominanz Europas und seiner Verbündeter gefährdet. Dem muss auch die Bundeswehrreform Rechnung tragen.

Deutschland darf sich nicht vor seiner internationalen Verantwortung verstecken. Deutschland muss den Mut zur Verantwortung in der globalen Meinungsbildung differenziert und begründet einbringen. Interessengeleitete Außenpolitik erfordert Bündnisbereitschaft und Verlässlichkeit. Daraus erwächst gestaltendes Handeln für unser Land und für die Welt.

Stellungnahme der Antragskommission:

Votum: Zustimmung